

Einwände durch den Ausschuss noch möglich

Finanzausschuss Protokoll Nr. FINA/01/2026

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses
am 22.01.2026,
Rathaus, Sitzungszimmer 103**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 21:15 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thomas Bellizzi

Stadtverordnete

Herr Burkhard Bertram

Herr Peter Egan

Herr Stephan Lamprecht

Herr Lasse Thieme

i.V.f. Herrn Stoffers

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dr. Claus-Michael Allmendinger

Herr Dr. Torsten Sill

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Béla Randschau

Herr Hans-Gerhard Stülb

Seniorenbeirat

Sonstige, Gäste

Herr Christof Herbers

Verwaltung

Frau Sabrina-Nadine Blossey

Herr Eckart Boege

Herr Marcel Grindel

Protokollführung

FBL I

Entschuldigt fehlt

Bürgerliche Mitglieder

Herr Christian Stoffers

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09 vom 01.12.2025
7. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung
8. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 8.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 8.1.1. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
 - 8.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
9. Haushaltsplan 2026 - weiteres Vorgehen
10. Anhebung der Hebesätze für die Realsteuern **2025/092**
11. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 **2025/084/1**
12. Antrag der CDU-Fraktion zur Haushaltsplanung 2026; Erstellung Nachtragshaushaltsentwurf **AN/097/2025**
13. Anfragen, Anregungen, Hinweise

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Herbers gemäß § 46 Abs. 6 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) per Handschlag als Ausschussmitglied des Finanzausschusses auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses fest.

3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Ausschussvorsitzende berichtet, dass in der letzten Sitzung im nicht öffentlichen Teil dem Erwerb eines Grundstücks mehrheitlich zugestimmt worden ist.

4. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen und Anregungen gestellt.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Herr Egan beantragt, TOP 10 „Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026“ (Vorlage-Nr. 2025/084/1) und TOP 11 „Anhebung der Hebesätze für die Realsteuern“ (Vorlage-Nr. 2025/092) zu tauschen.

Abstimmungsergebnis: **3 dafür** (SPD, FDP, WAB)
 2 dagegen (CDU)
 2 Enthaltungen (B'90/Grüne)

Herr Randschau beantragt, über die Vorlage-Nr. 2025/084/1 „Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026“ nur zu beraten, aber nicht abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: **3 dafür** (SPD, CDU)
 3 dagegen (B'90/Grüne, WAB)
 1 Enthaltungen (FDP)

Über den Antrag AN/005/2026 wird der Finanzausschuss nur ein Meinungsbild abgegeben. Die endgültige Abstimmung wird in der kommenden Stadtverordnetenversammlung erfolgen.

Der Vorsitzende erläutert, dass gemäß § 35 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) grundsätzlich das Öffentlichkeitsprinzip gilt. Die Sitzungen Ausschüsse sind öffentlich.

Die Öffentlichkeit ist zwingend auszuschließen

- a) bei schutzwürdigen Belangen des öffentlichen Wohl oder
- b) bei berechtigten Einzelinteressen (gem. § 35 Abs. 1 Satz 2 GO).

Überwiegende Belange des öffentlichen Wohl liegen vor, wenn das Interesse der Öffentlichkeit an einer vertraulichen internen Beratung im Einzelfall größer ist als das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit.

Einzelinteressen liegen u.a. vor, wenn eine Rechtsvorschrift eine vertrauliche Behandlung gebietet. Dies ist gegeben, wenn zum Beispiel Einkommens und Vermögensverhältnisse, aber auch Unternehmensstrategien und-pläne betroffen sind.

Unter TOP 14 wird der Ausschuss über ein Umsiedlungsprojekt beraten. Es handelt sich um eine Grundstücksangelegenheit im vorvertraglichen Status. Bei einer Behandlung der Vorlage in öffentlicher Sitzung wäre eine Verschlechterung der Verhandlungspositionen der Vertragspartner denkbar. Hier geht es um die konkrete Umsiedlung eines Gewerbebetriebes im Gewerbegebiet Beimoor-Süd und damit sind die jeweiligen Rechte des Betriebes betroffen. Die Grundlagen für eine nichtöffentliche Behandlung sind somit gegeben.

Der Vorsitzende beantragt, den TOP 14 in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln.

Der Finanzausschuss stimmt der Beratung des Tagesordnungspunktes 14 in nicht öffentlicher Sitzung nach Hinweis auf die überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls/berechtigten Interessen Einzelner mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder gem. § 35 Abs. 2 GO in Verbindung mit § 46 Abs. 12 GO somit zu.

Abstimmungsergebnis: alle dafür

Der Finanzausschuss stimmt der mit Einladung vom 08.01.2026 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: alle dafür

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09 vom 01.12.2025

Herr Dr. Allmendinger bittet darum, den TOP 14 „Gesamtabschluss zum 31.12.2023 und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes“ wie folgt zu ergänzen: „Herr Dr. Allmendinger regt an, zukünftig die Bedeutung des Anlagevermögens in der Gesamtbilanz darzustellen.“ Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Weitere Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

7. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung

Es bestehen keine Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung.

8. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

8.1. Berichte gem. § 45 c GO

8.1.1. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Die Verwaltung erläutert die Entwicklung der Liquidität bis zum 23.02.2026 (**vgl. Anlage**). Derzeit weisen die städtischen Geschäftskonten einen Bestand von 3,69 Mio. € aus. Zum 23.02.2026 wird ein Bestand von 8,44 Mio. € erwartet.

Darüber hinaus wird berichtet, dass das Gewerbesteuer-Anordnungssoll 2026 derzeit rd. 23,54 Mio. € beträgt.

8.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

Es liegen keine sonstigen Berichte/Mitteilungen vor.

9. Haushaltsplan 2026 - weiteres Vorgehen

Unter diesem TOP wird der Antrag AN/005/2026 der CDU-Fraktion diskutiert.

Der Antragsteller stellt seinen Antrag vor. Ziel des Antrags ist es, dass die Verwaltung bis April Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung erarbeitet sollen. Diese sollen Mehrerträge sowie Minderaufwendungen enthalten. Hierbei soll es sich nicht um eine abschließende Auflistung handeln, sondern um den Beginn eines Haushaltskonsolidierungsprozesses. Es soll weiterhin eine Liste über alle freiwilligen Leistungen erstellt werden. In dieser soll zu dem jeweiligen Einzelfall u.a. der Betrag, die zeitliche Bindung, die Konsequenzen bei einer Streichung aufgezeigt werden sowie eine Empfehlung der Verwaltung stehen.

Herr Dr. Sill macht für die SPD deutlich, dass s.E. nicht nur Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung im Bereich der freiwilligen Leistungen erwartet werden, sondern auch beim Stellenplan und bei den Aufgaben, bei der die Stadt die Art der Umsetzung bestimmen kann.

Der Ausschussvorsitzende bestärkt diese Erwartungshaltung an die Vorarbeit der Verwaltung. Es sei aus seiner Sicht nicht ausreichend, nur eine Liste auszustellen, mit allen freiwilligen Maßnahmen, sondern er erwarte auch konkrete Vorschläge, wie Seitens der Verwaltung wie die Ausgaben insgesamt

gesenkt werden können. Hier reiche es nicht aus, wenn die Verwaltung sich darauf zurückzieht, dass es politische Entscheidungen sind. Die Vorarbeit, damit diese getroffen werden können muss s.E. zwingend durch die Verwaltung erfolgen. Er verweist dabei auf die auf Kreisebene durchgeführte Haushaltskonsolidierung, wo der Landrat konkrete Vorschläge zur Ausgabesenkung gemacht hat.

Die Antragssteller bestätigen, dass die von SPD und FDP geäußerten Erwartungen auch bei der CDU bestehen und genau dies das Ziel des vorgelegten Antrags ist. Es wird deutlich gemacht, dass die Antragssteller eine inhaltliche Vorbereitung und enge Begleitung der Haushaltskonsolidierung durch die Verwaltung erwarten, damit die im PWC-Gutachten genannten finanziellen Rahmenbedingungen auch über die Folgejahre eingehalten werden.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Haushaltskonsolidierung im Rahmen einer Arbeitsgruppe bzw. einem Unterausschuss eng zu begleiten.

Es besteht Einigkeit, dass über die einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen in den Fachausschüssen sowie der Stadtverordnetenversammlung im Laufe des Prozesses entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Im Anschluss an die Diskussion lässt der Vorsitzende über den Antrag ein Stimmungsbild abstimmen.

Beschlussvorschlag gem. AN/005/2026 (CDU-Fraktion):

Die Stadtverordneten mögen folgenden Änderungsantrag zu Ziffer 3 des von der Stadtverordnetenversammlung am 15. Dezember 2015 verabschiedeten Antrag AN/096/2015 beschließen:

Nach Beschlussfassung des Haushalts 2026, legt die Verwaltung in enger Abstimmung mit dem Finanzausschuss, zur Herstellung der nachhaltigen Haushaltsstabilität, bis April 2026 Vorschläge für Einsparmaßnahmen und Einnahmeverbesserungen für den laufenden Haushaltszeitraum 2026-2029 vor, die spätestens ab dem Jahr 2029 zu einer jährlichen Verbesserung des Ergebnisses der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von 10 Millionen Euro führen. Für das Haushaltsjahr 2026 erfolgt der erste Schritt unter Anrechnung der bereits vorgeschlagenen „globalen Minderaufwendung“.

Die Maßnahmen (Einsparungen & Einnahmeverbesserungen) sollen sodann im Rahmen eines bis vor der Sommerpause vorzulegenden Nachtragshaushaltes Berücksichtigung finden. Dabei sind möglichst konkrete Kostenreduzierungen auf Ebene der Produktsachkonten und Projekt-Nummer darzustellen.

Stimmungsbild des Finanzausschusses:

alle dafür

10. Anhebung der Hebesätze für die Realsteuern

Herr Dr. Sill führt in den Antrag AN/018/2026 der SPD-Fraktion ein. Im Anschluss daran erläutert Herr Bertram den Antrag AN/019/2026 der CDU-Fraktion.

Nach einer kontroversen Diskussion zum Thema Anhebung der Hebesätze der Realsteuern, lässt der Vorsitzende über die Anträge abstimmen.

Beschlussvorschlag gem. AN/018/2026 (SPD-Fraktion):

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird auf den Prozentsatz angehoben, auf den auch die Hebesätze für die Grundsteuern A und B angehoben werden.

Abstimmungsergebnis: **1 dafür** (SPD)
 6 dagegen (B'90/Grüne, CDU, FDP, WAB)
 0 Enthaltung

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Beschlussvorschlag gem. AN/019/2026 (CDU-Fraktion):

1. Ziffer 1 wird wie folgt geändert:
 Der Hebesatz für Grundsteuer A wird zum 01.01.2027 von 343 % auf 420 % und zum 01.01.2029 von 420 % auf 480 % angehoben.
2. Ziffer 2 wird wie folgt geändert:
 Der Hebesatz für Grundsteuer B wird zum 01.01.2027 von 361 % auf 420 % und zum 01.01.2029 von 420 % auf 480 % angehoben.
3. Ziffer 3 wird wie folgt geändert:
 Der Hebesatz für Gewerbesteuer bleibt unverändert bei 380 % und bis zum 31.12.2029 wird auf eine Anhebung verzichtet.

Abstimmungsergebnis: **3 dafür** (CDU, FDP)
 4 dagegen (B'90/Grüne, SPD, WAB)
 0 Enthaltung

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Hebesatz für Grundsteuer A wird zum 01.01.2026 von 343 % auf 480 % angehoben.
2. Der Hebesatz für Grundsteuer B wird zum 01.01.2026 von 361 % auf 480 % angehoben.

11. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Sill erläutert Bürgermeister Herr Boege die Notwendigkeit der fortbestehenden Beschäftigung eines Sicherheitsdienstes im Rathaus. In der Vergangenheit hat es mehrere Bedrohungslagen für die Mitarbeitenden gegeben. Aus diesem Grunde ist ein Sicherheitsdienst vor Ort, der im Bedarfsfall eingreifen kann. Der Sicherheitsdienst befindet sich nur im Hintergrund. Es handelt sich nicht um eine Einlasskontrolle.

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung für das Jahr 2026 wird in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

3 dafür (B'90/Grüne, WAB)

4 dagegen (CDU, SPD, FDP)

0 Enthaltung

12. Antrag der CDU-Fraktion zur Haushaltsplanung 2026; Erstellung Nachtragshaushaltsentwurf

Der Antrag wird von der CDU-Fraktion zurückgezogen.

13. Anfragen, Anregungen, Hinweise

Auf Nachfrage von Herrn Randschau bestätigt die Verwaltung, dass die noch ausstehenden Anträge aus dem Umwelt- sowie Hauptausschuss abschließend in der Stadtverordnetenversammlung am 26.01.2026 beraten werden.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Allmendinger erklärt Bürgermeister Herr Boege, dass für die Baumaßnahme des Schulzentrums Am Heimgarten ab dem nächsten Quartal regelmäßige Berichte (einmal im Quartal) erfolgen werden. Aktuell arbeitet sich die externe Projektsteuerung ein.

gez. Thomas Bellizzi
Vorsitzender

gez. Sabrina-Nadine Blossey
Protokollführerin